

Interview Nürnberger Nachrichten, 10.7.2012 (,Zuwanderer wie Bittsteller behandelt'), gekürzte Erstfassung

Herr Bade, ständig ist die Rede von einer neuen Willkommenskultur. Woran liegt es, dass viele Migranten sich nach der Einreise trotzdem gar nicht willkommen fühlen?

Oft werden einladende Portale mit wenig einladenden Ämtern verwechselt. Was soll das ganze Willkommens-Gedöns im Netz, wenn qualifizierte Zuwanderer dann im Ausländeramt scheinbar oft noch immer herablassend wie Bittsteller behandelt werden. Nicht im Alltag der Einwanderungsgesellschaft, sondern ausgerechnet in Behörden werden nach unseren Untersuchungen heute die meisten Diskriminierungsgefühle erzeugt.

Was heißt das konkret?

Für den ausländischen Malocher vom Bau ist es vielleicht weniger verletzend, wenn er im Ausländeramt geduzt wird. Das ist auf seiner Baustelle auch nicht anders. Wenn aber ein hochqualifizierter Zuwanderer im Ausländeramt herablassend behandelt wird, empfindet er das als Diskriminierung. Das ist ein Skandal in einem Land, das sich für Zuwanderer attraktiv machen will.

Woran kann das liegen?

Manche Amtsdeutsche haben den Schuss noch nicht gehört und glauben immer noch, daß auch qualifizierte Zuwanderer den steten Nachweis des Glücksgefühls erbringen müssen, um ihren lästigen Aufenthalt zu begründen, statt daß sie selber mal sagen: Wir sind froh, daß Ihr gekommen seid, um uns zu helfen.

Es fehlt also oft an zureichender Sensibilität. Das ist kein Wunder, denn die Ausländerämter, aber auch die Sozialämter waren früher oft Orte für indirekte Strafversetzungen, weil sie überfordert und unterausgestattet waren. Und die Ausländerämter hatten lange vorwiegend Übung in der restriktiven Schicksalsverwaltung und nicht in der sensiblen Integrationsförderung. Interkulturelles Coaching bleibt deshalb bei manchen Mitarbeitern Gesäusel an der Oberfläche. Sie machen, von ein paar netten Formulierungen abgesehen, weiter wie gehabt. Und ihre ‚Kunden‘ wagen nicht, sich zu beschweren.

Welche Lösungen sehen Sie?

Welcome-Center für qualifizierte Zuwanderer wie in Hamburg sind wichtig und nötig. Aber eine solche Klassentrennung ist nur dann legitim, wenn die gleiche interkulturelle Sensibilität auch auf den unteren Sprossen der sozialen Rangstufenleiter gilt. Da gibt es z.B. in NRW gute Beispiele.

Maria Böhmer spricht jetzt oft von "vorausschauender Integration", Sie haben den Begriff der "nachholenden Integrationspolitik" geprägt, der auch als Kritik zu verstehen war. Wo zwischen diesen beiden Polen steht die Politik jetzt?

Pardon, auch der Begriff der ‚vorausschauenden‘ (bei mir ursprünglich vorausplanende) Integration ist von mir, wie so viele andere. Bis hin zu der heute geläufigen Redensart ‚Integration ist keine Einbahnstraße‘, die in den 1980er Jahren gerade politisch Konservativen gar nicht gefiel, die ihn heute im Munde führen. Ich habe Anfang der 1980er Jahre vergeblich vor ‚defensiver Erkenntnisverweigerung‘ in Sachen

Einwanderung gewarnt und klare Konzepte für Zuwanderungssteuerung und Integrationsförderung verlangt. Ich habe, ebenso vergeblich, davor gewarnt, Integration als „gesellschaftspolitisches Problem ersten Ranges“ zu unterschätzen. Solche Versäumnisse könnten später „schwerwiegende Legitimationsprobleme aufwerfen“. Darüber haben damals viele aus vermeintlich höherer politischer Warte hochnäsiger mokierte. Später haben uns die Folgen der Versäumnisse von damals eingeholt, aber die politischen und behördlichen Führungseliten erinnerten sich ungern an die Fehler ihrer Vorgänger im Amt. Deshalb muss bis heute in Gestalt von nachholender Integrationspolitik kostspielige Reparaturpolitik betrieben werden mit Angeboten für früher versäumte Chancen. Deswegen wird heute auch endlich konzeptorientierte vorausplanende Integrationspolitik getrieben...

Was heißt das konkret?

Die Eigendynamik von Integration im Blick behalten. Soziale Trendentwicklungen beobachten und mit klugen Konzepten begleiten. Integration ist Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das reicht von frühkindlicher Erziehung, schulischer Bildung und Ausbildung über Zugang zum Arbeitsmarkt, zu den sozialen und rechtlichen Schutzsystemen bis hin zur politischen Teilhabe, die natürlich statusabhängig ist. Integrationspolitik ist also Gesellschaftspolitik, von Hilfestellungen für Neuzuwanderer einmal abgesehen.

Wie steht Deutschland in Sachen Integration im Gegensatz zu anderen EU-Staaten da?

Trotz aller Versäumnisse ist Integration in Deutschland heute viel besser als ihr Ruf im Land, auch im internationalen Vergleich. Die eigentliche Leistung wurde dabei nicht etwa von den politischen Führungseliten auf Bundes- und Länderebene erbracht. Die waren lange eher hinderlich mit ihren wirklichkeitsfremden Blockadekonzepten im Sinne des Tabu-Mottos ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘. Sie haben vielmehr Integration, wie der frühere Bundespräsident Horst Köhler (CDU) 2006 zu Recht selbstkritisch gesagt, jahrzehntelang schlicht „verschlafen“.

Der eigentliche Leistungsträger auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft war die Bürgergesellschaft im Alltag, gestützt von den Kommunen, ihren Integrationsbeauftragten und den verschiedenen Mittlerorganisationen.

Was hat Sie in all den Integrationsdebatten der letzten Jahrzehnte am meisten geärgert?

Die Beratungsresistenz von Politik in Regierungsverantwortung. Sie hat in Sachen Migration und Integration lange einfach den Schuss nicht gehört. Anders geworden ist das erst im letzten Jahrzehnt, in dem migrations- und integrationspolitisch mehr bewegt wurde als in den vier Jahrzehnten zuvor. Viele wissenschaftliche Ratschläge, die früher mit lautstarkem populistischem Klamauk öffentlich zurückgewiesen wurden, sind später stillschweigend politisch nachvollzogen worden. Daß vieles zum Teil Jahrzehnte früher leichter, besser und billiger machbar gewesen wäre, will hinterher natürlich keiner wissen. Politiker, die zu ihren Fehlleistungen stehen, sind eine seltene Gattung.

Trotz den Bemühungen für mehr kulturelle Vielfalt und Toleranz finden immer wieder Personen wie Thilo Sarrazin großes Gehör und viele Anhänger. Woran liegt das?

Dafür sehe ich drei Gründe: Erstens ist es Politik aus den genannten Gründen jahrzehntelang nicht gelungen, die anstehenden Probleme mit transparenten und zielorientierten Konzepten anzugehen. Das machte Vielen stille Wut. Zweitens gibt es

einen rasanten Wandel der Lebensformen beim Zusammenwachsen von Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung zur Einwanderungsgesellschaft. Das macht Vielen Angst. Drittens gibt es die Macht der Ahnungslosigkeit: Das das, was der wortgewaltige Latecomer Sarrazin, von seinen agitatorischen Skandalisierungen einmal abgesehen, an sachlich richtigen Forderungen vortrug, fast alles schon Anfang der 1980er Jahre vergeblich gefordert worden war, weiß heute keiner mehr. Wut, Angst und Ahnungslosigkeit sind das Wasser auf den Mühlen der großen Vereinfacher. Politik muss klare Konzepte vorlegen und zugleich vorleben, daß es in der Einwanderungsgesellschaft darauf ankommt, den steten Wandel als Normalität zu begreifen.

In deutschen Städten ist der Gedanke der kulturellen Vielfalt schon relativ weit verbreitet, im ländlichen Raum oft eher nicht. Wird sich das mit dem zunehmenden Anteil von Zuwanderern ändern?

Das sehe ich so nicht: Gerade in ländlichen Regionen, in denen es kaum Zuwanderer gibt ist die Skepsis gegenüber der nur gefühlten Zuwanderung am größten. Im Osten gibt es vereinzelt ländliche bzw. kleinstädtische ‚No Go-Areas‘, in der sich unter Führung von rechtsradikalen Gruppen und Parteien eine Bollwerk-Mentalität gegen ‚Ausländer‘ entwickelt hat, obgleich es dort kaum welche gibt. Abgesehen vielleicht von Asylbewerbern, die in ländliche Regionen mit hoher Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Transferabhängigkeit zu schicken, eine politisch nicht nur dämliche, sondern auch unverantwortliche Steilvorlage für rechtsradikale Agitation ist.

Vielen, auch gut integrierten Migranten fällt es schwer, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden, weil sie ihre ursprüngliche dann verlieren. Finden Sie diese Entscheidungspflicht richtig?

Das Optionsmodell war und ist eine komplette Fehlentscheidung. Die neuesten Untersuchungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die positive Akzeptanz des Optionsmodells sind richtig, werden aber vom BMI falsch interpretiert: Es wurden hier nur Jugendliche befragt, die seinerzeit durch eine Sonderregelung auf Antrag der Eltern noch im Alter bis zu 10 Jahren in die neue Regelung einbezogen wurden. Dass die wenig Probleme mit der Einbürgerung haben, ist doch kein Wunder. Und die BAMF-Untersuchungen, die zeigen, daß es ansonsten Probleme bei der Entscheidung für die durch Geburt erworbene und gegen die von den Eltern ererbte Staatsangehörigkeit gibt, sind auch richtig und bestätigen die Ergebnisse des Sachverständigenrates. Hintergrund ist das auch in anderen Ländern Europas geltende wohlfahrtsstaatliche Integrationsmodell im Gegensatz z.B. zu dem marktorientierten Modell in den USA: Dort soll wieder gehen, wer nach einiger Zeit nicht imstande ist, wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen. Bei uns sind Ausländer nach einer zureichenden Zahl von Anwesenheitsjahren arbeits- und sozialrechtlich deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt. Was ihnen dann noch fehlt ist vor allem das Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene, von Erleichterungen beim Grenzübertritt in der EU einmal abgesehen. Das ist manchen zu wenig auf der anderen Waagschale, wenn dafür die eigene Staatsangehörigkeit geopfert werden soll. Aber viele auch andere Vorzüge und Nachteile nicht, z.B. das Problem der Wehrpflicht in der Türkei, die natürlich mit der Einbürgerung in Deutschland erlischt. Hier fehlt es vielfach an zureichender Information. Da hat Frau Böhmer Recht.

Das ändert aber alles nichts am Kernproblem: Richtig wäre die Hinnahme der doppelte Staatsangehörigkeit auch bei Nichtangehörigen der EU gewesen. Die war im rot-grünen Gesetzentwurf 1990 ja auch vorgesehen. Die CDU/CSU hat das bekämpft wie das Fegefeuer. Die FDP hat dann als Vermittlungslösung das Optionsmodell mit dem möglichen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Land und der Entscheidungspflicht zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr ins Gespräch gebracht. Sonst wäre die ganze Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gescheitert. In wenigen Jahren ist der ganze Zauber sowieso vorbei, wenn sich zeigt, welcher Rattenschwanz an

Rechtsproblemen für die Behörden damit verbunden ist. Das wird ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Ausländerrechtler.

Zehntausende Geduldete leben seit Jahren in Deutschland, bleiben aber meist am Rande der Gesellschaft. Sollte die Politik hier mehr tun, um diese Menschen zu integrieren?

Kettenduldungen über Jahre hinweg sollten, ohne inhumane Entscheidungszwänge, schon lange abgeschafft werden, laufen aber immer wieder aufs Neue auf. Da geht es bei der Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel mitunter um eine Quadratur des Kreises: Duldung ist nicht die Zuerkennung eines aufenthaltsrechtlichen Status mit dem Ziel der Integration, sondern nur die Anerkennung der Tatsache, daß ein abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber auf Grund besonderer Umstände derzeit nicht abgeschoben werden kann. Die Chance unter befristeten Sonderkonditionen durch faktische Integration am Arbeitsmarkt und damit durch den Nachweis der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und sozialen Unabhängigkeit aus diesem Nicht-Status heraus zu kommen, ist begrenzt: Wenn Arbeitgeber erfahren, daß Bewerber als Geduldete nur einen befristeten Aufenthalt haben, stellen sie sie oft nicht ein, weil sie kein Interesse an einer Fehlinvestition von Einarbeitungszeit haben. Politik sollte deshalb im Rahmen des Möglichen versuchen, die Existenzbedingungen und damit vor allem die Arbeitsbedingungen verbessern.

Viel schlechter gestellt als Geduldete sind aber Asylsuchende. Für sie habe ich klare Vorschläge vorgelegt. Erstens: Schafft endlich anständige Lebensbedingungen, die ja nicht ‚verlockend‘, aber doch zumindest menschlich vertretbar sein müssen. Das sind sie derzeit nicht. Die ausgrenzende Lagerhaltung von Asylbewerbern, die man selbst bei Legehennen bekämpft, muss ebenso weg wie ihre finanzielle Unterversorgung. Zweitens: Lasst die Asylbewerber früher arbeiten, damit sie die Kosten ihres Aufenthalts selber erwirtschaften können und bei den Einheimischen nicht länger als ‚Kostgänger‘ wirken. Sie wollen meistens selber arbeiten. Und sie wissen, daß sie sich dabei auf Zeit vielleicht auch mit Jobs abfinden müssen, die bei anderen nicht begehrt sind, damit es nicht zu unlauterer Konkurrenz und Ausbeutung unter Dumpinglöhnen kommt. Wenn dieses Konzept umgesetzt würde, wäre damit automatisch auch der Import von Asylsuchenden in Gegenden ohne Arbeit und das damit verbundene Konfliktpotential erledigt.